

10/542071

Deutsches Patent- und Markenamt

19.04.04

München, den 30.10.2003

JC20 Rec'd PCT/PTO 13 JUL 2004

Telefon: (0 89) 21 95 - 2895

18.05.04

Aktenzeichen: 103 02 535.7 - 32  
 Ihr Zeichen: 31330009  
 Anmeldernr.: 8133549  
 Ott

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

Patentanwälte  
 Dreiss, Fuhlendorf  
 Steinle, Becker & Kollegen  
 Postfach 10 37 02

70032 Stuttgart

Bitte Aktenzeichen und Anmelder/Inhaber bei  
 allen Eingaben und Zahlungen angeben!

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt!

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 01.03.03

Eingabe vom eingegangen am

Die Prüfung, oben genannten hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

6 Monat(en)

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z. B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

Anlage: 3 Entgegenhaltungen

## Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

Annahmestelle und  
 Nachbriefkasten  
 nur  
 Zweibrückenstraße 12

Hauptgebäude:  
 Zweibrückenstraße 12  
 Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)  
 Markenabteilungen:  
 Cincinnatistraße 64  
 81534 München

Hausadresse (für Fracht):  
 Deutsches Patent- und Markenamt  
 Zweibrückenstraße 12  
 80331 München

Telefon: (089) 2195-0  
 Telefax: (089) 2195-2221  
 Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:  
 Landeszentralbank München  
 Kto.Nr.: 700 010 54  
 BLZ: 700 000 00

2401.1  
.02

S-Bahnanschluss im  
 Münchner Verkehrs- und  
 Tarifverbund (MUVV)



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude):  
 Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof):  
 S1 - SB Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:  
 S2 Haltestelle Fasangarten

- (1) DE 39 16 615 A1
- (2) DE 36 32 966 A1
- (3) DE 296 24 318 U1

### 1. Mangelnde Nachvollziehbarkeit der Funktion des Anmeldungsgegenstandes

Auch bei aufmerksamem Studium der Anmeldungsunterlagen scheint die für die Beurteilung der Anmeldung bedeutende Frage offen zu bleiben, wie das Sicherungsteil ausgehend vom Überwachungsmodus in den entschärften Zustand überführt wird – einem Vorgang, der immer ablaufen muss, wenn das Sicherungsteil von einer ordnungsgemäß bezahlten Ware getrennt werden soll –.

Die zunächst als Lösung erscheinende Möglichkeit, die Stromversorgung zu entfernen (vgl. S.26, Abs. 1), scheint offensichtlich auszuschneiden, denn diesbezüglich ist auf S. 25, Abs.4 ausgeführt, dass ein Entfernen nicht ohne eine Alarmauslösung möglich ist.

Bei Weiterverfolgung der Anmeldung wäre unter Angabe der entsprechenden Fundstellen in der Beschreibung die Funktion im angegebenen Fall zu erläutern.

Da ohne eine Klärung der aufgeworfenen Frage eine abschließende Beurteilung, insbesondere in Bezug auf die verschiedenen Betriebsmodi der Vorrichtung, nicht möglich erscheint, beschränkt sich der vorliegende Bescheid im Wesentlichen auf die Prüfung der nebengeordneten Ansprüche 1,8,35 und 38.

### 2. Zum Inhalt der Ansprüche 1 und 8

Die Patentansprüche müssen die für einen Fachmann notwendigen Merkmale zur Lösung der Aufgabe enthalten. Dies scheint aus folgenden Gründen, insbesondere bei den Ansprüchen 1 und 8, nicht gegeben zu sein:

Abgesehen davon, dass die Merkmale der Ansprüche 1 und 8 nicht erkennen lassen, wie die erste, vom Anmelder gestellte Teilaufgabe, nämlich die Betriebsdauer zu erhöhen, gelöst wird, liefert auch das gleichfalls in den Ansprüchen 35 und 38 enthaltene Merkmal „... in einen Anschließmodus übergegangen wird“ in Bezug auf die zweite, ebenfalls vom Anmelder gestellte Teilaufgabe erkennbar keinen Beitrag.

Schon deshalb sind diese Ansprüche in der vorliegenden Fassung nicht gewährbar.

Ohne dass klar wird, was mit dem Wechsel in den Anschließmodus bewirkt wird, liegt ein solcher Verfahrensschritt im Belieben. Einen erfinderischen Abstand zum Stand der Technik kann ein solches Merkmal nicht begründen.

### 3. Zum Stand der Technik und dem Anspruch 1

Aus der Entgegenhaltung (1) ist bereits eine Vorrichtung sowie deren Arbeitsweise zur Sicherung von Waren gegen Diebstahl bekannt.

In Übereinstimmung mit dem Gegenstand des Anspruches 1 handelt es sich auch dort um ein alarmgebendes Sicherungsteil in Form eines batteriegespeisten Markers, welcher an der zu sichernden Ware angebracht wird.

Um ein befugtes Anbringen bzw. Ablösen des Markers zu ermöglichen, kann durch eine Fernbedienung gesteuert (vgl. Sp.7, Z. 1-10 sowie Z.35-43) der alarmauswertende Schaltungsteil von der Stromversorgung (vgl. Schalter 26 in Fig.) getrennt werden. (Unter Einbe-

IC20 Rec'd PCT/PTO 13 JUL 2005

ziehung der anmeldungsgemäßen Beschreibung dürfte dies dem Anschließmodus entsprechen)

Ob sich der Marker bereits nach dem Einschalten, d.h. dem Einsetzen der Batterie, im entschärften Zustand, d.h. in dem Modus, der ein Anschließen des Markers an die zu sichernde Ware gestattet, befindet, lässt die Entgegenhaltung (1) offen.

In jedem Fall ist jedoch der Empfang für die Fernbedienungssignale nach dem Einschalten aktiv, da hierüber die einzige Möglichkeit zur Aktivierung des alarmanwertenden Teils des Markers (Schalter 26) besteht.

Wenn bereits die Möglichkeit gegeben ist, mittels Fernbedienung in einen Modus zu wechseln, der für den Anschluss des Markers an die zu sichernde Ware vorgesehen ist, bedarf es keiner erfinderischen Tätigkeit, nach dem Einschalten, d.h. dem Einsetzen der Batterie, entsprechend zu verfahren. Eine erfinderische Tätigkeit liegt diesem Vorgehen erkennbar nicht zugrunde.

Abgesehen davon, dass der Anspruch auch deshalb nicht gewährbar ist, zeigt sich hieraus gleichfalls, dass offensichtlich wesentliche Merkmale der Erfindung im Anspruch 1 fehlen.

#### 4. Zum Stand der Technik und dem Anspruch 8

Bezüglich des Anspruches 8 gelten sinngemäß die gleichen Ausführungen, wie zum Anspruch 1, denn in Bezug auf das anmeldungsgemäße Problem, ist es ohne Bedeutung, ob es sich unmittelbar um einen einzelnen Anhänger oder Zentralgerät mit einer Vielzahl von Anhängern handelt.

#### 5. Zum Stand der Technik und den wesentlich erscheinenden Aspekten aus den Unteransprüchen

In Bezug auf Ansprüche, die die mechanische Verbindung zwischen Halteteil und Befestigungsteil betreffen, wird auf die auf den Anmelder zurückgehende Entgegenhaltung (3) verwiesen.

Die bedarfsabhängige Deaktivierung des Empfängers, insbesondere im Überwachungsmodus, ist aus der Entgegenhaltung (2) bereits bekannt.

#### 6. Fazit

Sollte sich die unter Abschnitt 1 aufgeworfene Fragestellung anhand der Anmeldungsunterlagen ausräumen lassen, wäre ausgehend vom ermittelten Stand der Technik der erfindungsbe gründende Überschuss herauszuarbeiten und entsprechende Ansprüche vorzulegen.

Bei gegebener Sachlage kann keine Patenterteilung in Aussicht gestellt werden.

Sollte eine Äußerung in der Sache nicht beabsichtigt sein, so wird um formlose schriftliche Mitteilung gebeten.

Prüfungsstelle für Klasse G08B

*Meußel*  
Dipl.-Ing. Meußel  
Hausruf 2843



*Ausgegeben*  
Reg. Angestellte